

Niederschrift
der 01. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 12.01.2023
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:40 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Stefan Bauschke

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Haack

Herr Jürgen Suhr

Mitglieder

Herr Volker Borbe

Herr Jan Gottschling

Herr Ulrich Grösser

Herr Mathias Miseler

Herr Stefan Nachtwey

Vertreter

Herr Daniel Ruddies

Vertretung für Herrn Christian Binder

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Frau Heike Benz

Herr Stephan Bogusch

Frau Dr. Sonja Gelinek

Frau Kirstin Gessert

Herr Sven Langfeld

Herr Stephan Latzko

Herr Dr. Frank-Bertolt Raith

Herr Bernd Röll

Frau Kristina Wilcke

Gäste

Herr Peter Mühle

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 11. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 01.12.2022

Bestätigung der Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 13.12.2022

- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
 - 3.1** Bebauungsplan Nr. 70.1 "Erweiterung Einkaufszentrum Stre-lapark", Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: B 0103/2022
 - 3.2** Ergänzung des Bürgerschaftsbeschlusses Nr. : 2021-VII-02-0458 vom 04.03.2021 zu Benennung von Planstraßen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 39 der Hanse-stadtv Stralsund "Wohngebiet westlich der Lindenalle, Freien-lande"
Vorlage: B 0078/2022
 - 3.3** Papierkorbkonzept 2022
Vorlage: B 0082/2022
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1** Information zum Beschluss 2022-VII-05-0866 "Ausbau Fahr-radstraße"
 - 4.2** Jahresbericht 2022 Klimaschutzbeauftragter
- 5** Verschiedenes
- 10** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen / Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 11. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 01.12.2022

Die Niederschrift der 11. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 01.12.2022 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

Bestätigung der Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 13.12.2022

Die Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 13.12.2022 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt. genommen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Bebauungsplan Nr. 70.1 "Erweiterung Einkaufszentrum Strelapark", Abwägungs- und Satzungsbeschluss Vorlage: B 0103/2022

Frau Gessert informiert über die Vorlage.

Im Mai 2020 wurde das Verfahren für den B-Plan eingeleitet. Die frühzeitige Beteiligung fand von Dezember 2021 bis Januar 2022 statt. Anschließend erfolgte die öffentliche Auslegung von November bis Dezember 2022.

Da es sich um ein Gesamtvorhaben handelt, plant die Gemeinde Kramerhof parallel zur Hansestadt. Die Gemeinde überplant den Bestand (B-Plan Nr. 19) und die Hansestadt die Erweiterung.

Das Regionale Einzelhandelsentwicklungskonzept stuft den Strelapark als Nebenzentrum und als Einzelhandelsstandort mit regionaler Einstufung ein.

Weiter liegt ein Verträglichkeitsgutachten vor, welches zu dem Ergebnis kommt, dass unter Beachtung der Flächenregelungen und den geprüften Flächenvorschlägen, insbesondere für die Altstadt, aber auch für die anderen zentralen Versorgungsbereiche im Stadtgebiet keine negativen städtebaulichen Auswirkungen zu erwarten sind.

Der Bebauungsplan berücksichtigt die Vorgaben vollumfänglich.

Des Weiteren liegt eine positive Stellungnahme der unteren Landesplanungsbehörde vor.

Eine entsprechende Abwägung wurde vorgenommen und den Unterlagen beigefügt.

Frau Gessert bittet den Ausschuss um ein positives Votum.

Herr Suhr teilt mit, dass seine Fraktion dem Vorhaben weiterhin ablehnend gegenübersteht. Er gibt zu bedenken, dass sowohl die IHK als auch der Handelsverband Deutschland die kritischsten Stellungnahmen abgegeben haben.

Herr Suhr fragt, wie das Aufwuchspotenzial von 6 Mio. € errechnet wurde, welches von der IHK und dem HDE nicht gesehen wird. Außerdem merkt der Fraktionsvorsitzende kritisch an, dass aus seiner Sicht zur Altstadt konkurrierende Sortimente in den Strelapark aufgenommen werden sollen.

Frau Gessert betont, dass das Gutachten von einem dafür qualifizierten Fachmann erstellt wurde. Die Verwaltung hat gemeinsam mit dem Gutachter die Ergebnisse besprochen und hinterfragt.

Die Verwaltung sieht keinen Anlass, das Gutachten infrage zu stellen.

Außerdem sind die genannten 6 Mio. € für die Gesamtbeurteilung nicht relevant.

Zur zweiten Frage erklärt Frau Gessert, dass ein Nebenzentrum hinter das Hauptzentrum zurücktreten soll, aber Sortimentsüberschneidungen dennoch üblich sind.

Die Verkaufsfläche in der Altstadt ist deutlich größer, als die im Strelapark, auch nach der Erweiterung. Das Nebenzentrum soll Sortimente aufnehmen, die sich im Hauptzentrum nicht realisieren lassen.

Frau Gessert weist darauf hin, dass sich in den Unterlagen zur Abwägung eine Flächenübersicht befindet, die deutlich macht, wieviel Fläche der einzelnen Sortimente von der Altstadt beansprucht werden.

Herr Suhr entgegnet, dass nicht geplant ist, auf der Erweiterungsfläche großflächige Sortimente unterzubringen, die in der Altstadt keinen Platz haben, sondern Sortimente, die in direkter Konkurrenz zum Altstadtangebot stehen.

Herr Suhr bemängelt, dass in die Abwägung nur der Bestand und nicht die Erweiterung des Strelaparks aufgenommen wurde. Frau Gessert nennt für den Bereich Bekleidung, Schuhe, Sport nach der Erweiterung des Strelaparks eine Maximalfläche von 6.800 m². In der Stadt werden diese Artikel auf 16.000 m² Fläche angeboten. Weiterhin sind in der Altstadt 50 % aller Einzelhandelsbetriebe ansässig.

Da es keine weiteren Fragen zur Vorlage gibt, stellt Herr Bauschke diese zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0103/2022 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 1 Gegenstimme 0 Stimmenthaltungen

**zu 3.2 Ergänzung des Bürgerschaftsbeschlusses Nr. : 2021-VII-02-0458 vom 04.03.2021 zu Benennung von Planstraßen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 39 der Hansestadt Stralsund "Wohngebiet westlich der Lindenalle, Freienlande"
Vorlage: B 0078/2022**

Es gibt keine Fragen zur Vorlage.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0078/2022 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

**zu 3.3 Papierkorbkonzept 2022
Vorlage: B 0082/2022**

Frau Benz geht inhaltlich auf die Vorlage ein. Das Papierkorbkonzept ist ein wichtiger Baustein im Bemühen um ein sauberes Stadtbild und für die Wohn- und Lebensqualität in der Hansestadt Stralsund.

Ausgangspunkt ist eine Ist-Analyse gewesen, nachdem die Aufgabe der Papierkorbentleerung seit einem Jahr durch das Amt für stadtwirtschaftliche Dienste ausgeführt wird.

Es ist zu verzeichnen, dass jeder Papierkorb in der Bewirtschaftung ist, die Häufigkeit der Entleerung gesteigert werden konnte oder auf Hotspots zeitnah reagiert werden kann. Es ist im Ergebnis eine spürbare Verbesserung im Stadtbild erzielt worden.

Frau Benz berichtet weiter, dass festzustellen ist, dass das Müllaufkommen gestiegen ist und Ressourcen durch falsche Standorte bzw. Volumen gebunden werden.

Des Weiteren sind die Kapazitäten zur Papierkorbentleerung bei Personal und Ausstattung derzeit ausgeschöpft. Als Problem ist auch der bestehende Vandalismus aufzuführen.

Mit dem vorliegenden Konzept sollen u.a. Volumen und Standorte der Papierkörbe optimiert, die Entleerungsfrequenz fortlaufend angepasst sowie Brennpunkte und Abfallaufkommen im Blick behalten werden.

Grundlage für einen wirtschaftlichen Betrieb ist die Reduzierung der Typenvielfalt der Papierkörbe (3 bis 4 Typen) mit verstärktem Fokus auf Abfallpressung.

Es wird vorgeschlagen, zukünftig Papierkörbe mit einem Volumen von mind. 60 l, einem guten Handling für die Mitarbeitenden, entsprechender Robustheit, Wieder-/Ersatzteilbeschaffung sowie Bereitstellung und Gestaltung auszuwählen.

Frau Benz informiert, dass im Haushaltsjahr 2022 aus den vorhandenen Mitteln bereits 95 Papierkörbe beschafft wurden (65 T €).

Das Konzept zur Bestandänderung ist auf 5 Jahre ausgelegt. Das Gesamtvolumen beträgt ca. 400 T €. Zur Ressourcenoptimierung ist die Anschaffung eines weiteren Fahrzeugs und die Anpassung der personellen Kapazitäten erforderlich.

Für die Umsetzung des Papierkonzeptes sind vor allem präventive und ordnungsrechtliche Maßnahmen erforderlich.

Herr Gottschling erfragt, warum die Hansestadt Rostock ein geringeres Müllaufkommen hat als die Hansestadt Stralsund.

Frau Benz führt aus, dass die konkrete Ursache von keiner Stadt benannt werden kann. In der Vorlage wird auch auf das Thema Littering eingegangen. So werden in oder neben den Papierkörben zunehmend auch gewerbliche oder Abfälle aus Privathaushalten entsorgt.

Herr Bauschke merkt an, dass eine Aufwertung der Beschaffenheit der Papierkörbe nicht zwingend mit einer besseren Nutzung einhergeht. Er nimmt Bezug auf die sog. Möwendekel. Er erfragt dahingehend den Umgang mit der Thematik.

Frau Benz erläutert, dass die korrekte Nutzung der Papierkörbe vom individuellen Verhalten der Personen abhängt. Mit dem Einsatz anderer Fabrikate, die komfortabler den Müll aufnehmen können, soll die Möwenthematik miterfasst werden.

Grundsätzlich sind die bestehenden Herausforderungen nur mit der Umsetzung des Gesamtpaketes zu lösen.

Herr Suhr geht auf die testweise Nutzung der Pressbehälter ein und erfragt dahingehend die Kriterien.

Herr Langfeld informiert, dass diese Pressbehälter auf dem Neuen Markt und auf der Hafensinsel getestet wurden. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass die Anzahl der Entleerung reduziert werden konnte. Die Anschaffung wird als effektiv bewertet.

Herr Bauschke stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und lässt über die Vorlage B 0082/2022 abstimmen:

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0082/2022 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Information zum Beschluss 2022-VII-05-0866 "Ausbau Fahrradstraße"

Frau Wilcke informiert mit Hilfe einer Präsentation zum Bürgerschaftsbeschluss 2022-VII-05-0866, Prüfauftrag AN 0065/2022. Die Präsentation wird Anlage zum Protokoll.

Frau Wilcke weist darauf hin, dass das Thema im August letzten Jahres bereits im Ausschuss beraten wurde.

Frau Wilcke nennt die Voraussetzungen, um eine Fahrradstraße einrichten zu können. Dies ist entweder aus Gründen der Sicherheit und Ordnung oder aufgrund von städtebaulicher Entwicklung möglich. Die Hansestadt Stralsund verfügt über ein Klimaschutzteilkonzept „Mobilität“, welches zum Zeitpunkt der Anordnung vorliegen muss. Außerdem sind Verwaltungsvorschriften zu beachten.

Auch im Verkehrsraum selbst, gibt es Empfehlungen, die eingehalten werden sollten („Fahrradstraßen – Leitfaden für die Praxis“).

Frau Wilcke zeigt, welche Fahrradstraßen bzw. -routen geplant oder bereits umgesetzt sind.

Ein Ausbau der Gerhart-Hauptmann-Straße wäre möglich, allerdings ist die Erhebung des fließenden Kfz-Verkehrs noch erforderlich.

Der Abschnitt Sarnowstraße bis Knieperdamm weist eine Fahrbahnbreite von 3,40 m bzw. 2,90 m auf. Je nach Ausweisung der Parkflächen würde die Breite für eine Fahrradstraße ausreichen, über die Einrichtung als solche ist aber noch nicht entschieden.

Die Hainholzstraße soll ab 2024 als Fahrradstraße ausgewiesen werden.

Der Hellmuth-Heyden-Weg ist verkehrsberuhigter Bereich, demnach ist eine Ausweisung als Fahrradstraße nicht erforderlich. Aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens in der Thomas-Kantzow-Straße ist eine Ausweisung als Fahrradstraße nicht zu empfehlen.

Bezogen auf die Verbindung Sundpromenade – Richtung Grünhufe erklärt Frau Wilcke, dass es sich bei der Friedrich-Engels-Straße und der Barther Straße um Hauptverkehrsstraßen handelt und sie deshalb nicht als Fahrradstraßen ausgewiesen werden können. Ausgeschlossen sind auch die Wege am Moorteich und die Rudolf-Breitscheit-Straße aufgrund ihrer zu geringen Fahrbahnbreite.

Der Schwarze Weg soll als Fahrradstraße bzw. Radweg ausgebaut werden.

Herr Bauschke dankt für die Ausführungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Jahresbericht 2022 Klimaschutzbeauftragter

Herr Latzko nimmt Bezug auf die in 2022 stattgefundenen Projekte im Bereich Klimaschutz. Aufgrund der ausgelaufenen Projektförderung wird es in 2023 keine zusätzliche personelle Unterstützung geben.

Anhand einer Präsentation, die der Niederschrift beigelegt ist, referiert Herr Latzkow über den Sachstand im Bereich Wasserstoff.

Hierbei informiert er die Ausschussmitglieder über den Phasenaufstieg der Region von Hystarter zu Hyexpert, deren Förderzeitraum bis Juli 2023 anhält.

Gegenwärtig erarbeitet die Region unter Führung des durch den Landkreis Vorpommern-Rügen beauftragten Wasserstoffkoordinators den Förderantrag für die Förderstufe HyPerformer. Die Abgabefrist läuft bis zum 31.01.2023. Das durch die Förderung angestrebte Fördervolumen beläuft sich auf rund 15 Millionen Euro bei einem Gesamtfördervolumen von 30 Millionen Euro.

Im Folgenden stellt Herr Latzkow die positive Entwicklung des Projektes BioReg vor und macht darauf aufmerksam, dass das Projekt im Oktober 2023 ausläuft. In diesem Zusammenhang erläutert er, dass es die Zielsetzung der kommenden Jahre ist, die Weiterführung der außerschulischen Lernorte zu ermöglichen sowie durch Bereiche der Tierhaltung zu erweitern.

Zudem geht er auf das Schulprojekt der Jahrgangsstufen 6 bis 9 zum Energiekoffer ein, welches zum 31.12.2022 ausgelaufen ist. Neben der projektbezogenen Berichterstattung, ist für das Jahr 2023 angestrebt, eigene Energiekoffer in Zusammenarbeit mit den Stralsunder Werkstätten zu erstellen, die über die Stadtbibliothek an die Stralsunder Schulen ausgeliehen werden sollen.

Nachfolgend erörtert er die Situation der Fördermittel. Fördermittel, die nicht bewilligt wurden, sind die aus dem Bundeswettbewerb „Zukunft Region“ und die Mittel für die Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme.

Durch die Fördermittel der NUE-Stiftung soll das Ausmaß an vorhandenem Müll im Hafenbecken der Hansestadt Stralsund aufgezeigt werden und gleichzeitig soll zum bewussteren und ordnungsgemäßen Umgang mit Abfall angeregt werden. Um das umzusetzen, ist der Bau von schwimmenden Abfallbehältern durch die Hochschule Stralsund angedacht, welche den an der Oberfläche schwimmenden Müll im Hafenbecken einsaugen.

Weiterhin hat in 2022 das jährliche Stadtradeln stattgefunden, welches die Stadtverwaltung der Hansestadt Stralsund für sich entscheiden konnte.

Ebenfalls konnte in 2022 das Forschungsvorhaben „Wirkungspotenzial kommunaler Klimaschutzmaßnahmen“ abgeschlossen werden.

Herr Bauschke erkundigt sich nach dem Inhalt der geplanten Energiekoffer.

Laut Herrn Latzkow sollen die Energiekoffer Experimentieranweisungen und Modellbauten enthalten, die bestimmte Vorgänge verdeutlichen.

Auf die Nachfragen von Herrn Suhr erörtert Herr Latzkow, dass die Förderung zum Elektromobilitätskonzept dem Ansinnen der Bürgerschaft folgt, da diese den Oberbürgermeister beauftragt hat, die Voraussetzungen zur Erstellung eines Ladeinfrastrukturkonzeptes zu prüfen und zu schaffen. Er fügt an, dass die Projektförderung eine Umsetzung bis 2024 vorsieht. Eingehend auf den Geltungsbereich der Beschlussvorlage zum Energiemanagement äußert Herr Latzkow, dass sich dieser Teil auf die Stadtverwaltung bezieht. Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keine weiteren Nachfragen.

Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf.

Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

zu 10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen

aus dem nichtöffentlichen Teil

Der Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung.

gez. Stefan Bauschke
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung